

FREIE SICHT

Grundkapital für alle Kinder

REINER EICHENBERGER

Bald stimmen wir über das bedingungslose Grundeinkommen ab. Für seine Verfechter ist es eine Art Befreiungstheologie.



Sie predigen, dank Grundeinkommen könnten alle arbeiten, weil sie wollen, nicht weil sie müssen. Zudem beseitige es die Sozialhilfefalle: Die heutige bedingte Sozialhilfe mindert die Arbeitsanreize der Leistungsempfänger, weil deren Bezüge entsprechend ihrem erarbeiteten Einkommen gekürzt werden.

Doch das Grundeinkommen führt nicht in die Freiheit, sondern in die Knechtschaft. Die Initianten vertreten ein Grundeinkommen von 30 000 Franken jährlich für alle, was insgesamt über 200 Milliarden jährlich kosten würde. Wenn das Ganze nicht defizitär sein soll, muss ein Durchschnittsbürger mit heute etwa 50 000 Franken steuerbarem Einkommen sein eigenes Grundeinkommen aus seinem Arbeitseinkommen finanzieren. Dafür bräuchte es einen Steuersatz von rund 60 Prozent auf seinem gesamten Einkommen. Hinzu kämen die Steuern für alle anderen Staatsleistungen. Einkommenssteuersätze von 80 bis 100 Prozent wären also angesagt.

Wenn das Grundeinkommen über die Mehrwertsteuer finanziert würde, bleibt die Rechnung gleich, einfach mit unbezahlbaren Mehrwertsteuersätzen. Die negativen Anreize gegen Erwerbsarbeit und für Steuervermeidung sind offenkundig. Je mehr Einwohner aber der Steuer ausweichen, desto höher müssen die anderen besteuert werden und desto enger muss die Kontrolle werden. Die

«Eltern geben keine lebenslangen Renten, sondern ein Startkapital.»

Finanzierung des Grundeinkommens bringt deshalb einen absoluten Überwachungsstaat. Aber nicht nur die Freiheitsverheissungen sind falsch, sondern auch die Bezeichnung «bedingungsloses Grundeinkommen»: Wirklich erhalten würden es nur diejenigen, die nicht arbeiten.

Gleichwohl müssen wir endlich etwas Wirksames gegen die Sozialhilfefalle tun, aber etwas Finanzierbares. Lehrreich ist das Verhalten kluger Eltern. Sie geben ihren Kindern keine lebenslangen Renten, sondern ein Startkapital. Das lässt sich auf den Staat übertragen. Er soll für jedes Kind ein Grundkapital von 100 000 Franken ansparen, das es im Erwachsenenalter unter staatlichen Auflagen für Ausbildung und Weiterbildung sowie zur Finanzierung seines Lebensunterhalts in schwierigen Lebenssituationen einsetzen kann, wobei nicht verwendetes Grundkapital mit Zins und Zinseszins in die zweite Säule einfließt.

Grundkapitalbesitzer haben perfekte Arbeitsanreize, weil sie die Kosten ihrer «Sozialhilfe» und Ausbildung vermehrt selbst tragen und ihr Arbeitseinkommen abgesehen von den normalen Steuern selbst behalten können. Zugleich könnten die Studiengebühren erhöht und dem Wettbewerb zwischen Bildungsinstitutionen freien Lauf gelassen werden. Das Grundkapital würde das Sozialproblem deshalb stark mildern. In der Bildung gäbe es eine gerechtere Verteilung der Mittel, mehr Effizienz und Chancengleichheit. Und: Ein bedingungsloses Grundkapital liesse sich problemlos finanzieren. Es würde «nur» etwa 8 Milliarden Franken jährlich kosten, brächte aber weit grössere Einsparungen.

In dieser Kolumne schreiben im Wechsel «Handelszeitung»-Chefökonom Simon Schmid, «Handelszeitung»-Autor Urs Paul Engeler sowie Reiner Eichenberger, Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg.